



Bibliothek der Universität Freiburg

AUSBILDUNGSKOSTEN

Deckel drauf

Das Finanzministerium will die vom Bundesfinanzhof erzwungene steuerliche Berücksichtigung von Ausbildungskosten möglichst sparsam für die öffentlichen Haushalte umsetzen. Die Kosten für die erste Berufsausbildung oder das Erststudium sollen als „Betriebsausgaben oder Werbungskosten abziehbar“ sein, heißt es in einem Vermerk des Ministeriums. „Der abziehbare Betrag wird aber sowohl der Höhe nach als auch der Berücksichtigungsdauer nach gedeckelt.“ Die Beamten denken zum Beispiel daran, nur die Kosten während der Regelstudienzeit zu berücksichtigen. Ausgeschlossen werden soll auch, dass Unterhalt leistende Eltern die Steuern absetzen. „Die Haushaltsrisiken könnten mit diesem Vorschlag eingegrenzt werden, Steuermindereinnahmen sind jedoch weiterhin zu erwarten“, schreiben die Beamten. Ohne Deckelung rechnen sie mit Steuerausfällen von 1,5 Milliarden Euro.

STEUERN

„Wir wollen Gleichbehandlung“

Marion Detlefs, 49, Sozialpädagogin bei Hydra, einer Berliner Beratungsstelle für Prostituierte, über den Sexsteuer-Automaten in Bonn

SPIEGEL: Bonner Prostituierte auf dem Straßenstrich müssen nun ein Ticket an einem umgebauten Parkscheinautomaten ziehen – die Stadt kassiert pro Nacht sechs Euro. Ist das eine gute Lösung?

Detlefs: Nein, wir sind gegen solche Sonderregeln für Prostituierte. Wir wollen für die Frauen eine Gleichbehandlung – auch in steuerlichen Fragen.

SPIEGEL: Befürworter sagen, mit dem Automaten erreiche man jetzt Prostituierte, die bislang keine Abgaben gezahlt haben. Die Stadt Bonn spricht von „Steuergerechtigkeit“.

Detlefs: Wenn Frauen darunter sind, die sich mit dem Steuerrecht nicht auskennen, dann muss man sie dabei unterstützen. Wir empfehlen jeder Prostituierten, ein Gewerbe anzumelden und so aus der Anonymität

BUNDESPOLIZEI

Zu teure Kontrolle

Mit einem außergerichtlichen Vergleich ist jetzt ein jahrelanger Streit über die Höhe der Luftsicherheitsgebühren zwischen dem Bundesinnenministerium und dem Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften beendet worden. Die Fluggesellschaften bekommen 77 Millionen Euro erstattet, die jeweils zur Hälfte vom Bundesfinanzministerium und von der Bundespolizei getragen werden, die Sicherheitskontrollen an Flughäfen durchführt. Damit kommen auf die Bundespolizei, die ohnehin 33 Millionen Euro im laufenden Haushalt einsparen muss, weitere erhebliche Belastungen zu. Unterdessen hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich 465 Posten bei der Behörde gestrichen, die im Rahmen der Anti-Terror-Maßnahmen nach den Anschlägen 2001 geschaffen worden waren. 245 Posten betreffen den Schutz von deutschen Auslandsvertretungen, weitere 100 die Auslandseinsätze. Damit wird es auch



Bundespolizei am Hamburger Flughafen

weniger Neueinstellungen geben. Eine Anfrage der EU nach einer Hundertschaft der Bundespolizei für das Kosovo als Ersatz für eine französische Einheit wurde abgelehnt.

herauszugehen, wann immer ihr das aus persönlichen Gründen möglich ist. Die Frauen unter Generalverdacht zu stellen ist falsch. Auch in jedem anderen Gewerbe gibt es Leute, die ihre Steuern nicht zahlen. Für die baut man ja auch keinen Automaten auf.

SPIEGEL: Die Stadt rechnet mit rund 200 000 Euro Einnahmen pro Jahr. Das wären mehr als 90 zahlende Frauen jede Nacht. Ist das realistisch?

Detlefs: Das würde mich sehr überraschen. So viele Frauen begegnen uns selbst hier in Berlin nirgendwo pro Schicht.